

System der Enteignungen und der Staatsindustrie, noch als ein System der polizeilichen Bevormundung aufzufassen. Was die Privat-Industrie betrifft, so will die Bismarckische Wirthschaftspolitik dieselbe nicht aufheben, sondern schützen, sichern und befördern; schützen durch Zölle, sichern vor den Nachtheilen des Klassenkampfes und der Arbeiterkrawalle und fördern durch Verbesserung des Communicationswesens mittelst der Eisenbahnverstaatlichung. Was die Arbeiter betrifft, so bedeutet der in der Unfallversicherungsvorlage ausgedrückte Zwang kein polizeiliches, sondern ein landesväterliches Prinzip.

Der Zwang wird nicht ausgeübt, damit die Arbeiter zu Gunsten fremder Menschen unbelohnte Lasten tragen sollen, sondern damit sie zu ihrem eigenen und zum Wohle ihrer Frauen und Kinder in eine größtentheils durch Andere unterhaltene Versicherung eintreten.

Dies ist kein Zwang, wie ihn die Könige von Egypten gegen die Juden ausübten, als diese unter Hunger und Schlägen angehalten wurden, Ziegelsteine zu brennen, sondern ein Zwang, wie ihn ein Vater gegen seine Kinder ausübt, indem er sie zwingt, in die Schule zu gehen und Mittags zu Tisch zu kommen: ein Schicksal, welches unsere Arbeiter nicht erschrecken wird, trotz der polizeilichen Vogelscheuchen, die Seitens der liberalen Presse und Wahlagitation aufgepflanzt werden.

Nicht ohne Absicht und nicht ohne denjenigen wunderbaren Instinkt, der den Reichskanzler für Beurtheilung der Zeitbedürfnisse und für die Wahl seiner politischen Parolen auszeichnet, hat Fürst Bismarck in die officielle Terminologie das Wort: „Staatssocialismus“ eingefügt, weshalb auch die conservative Wahlbewegung zu dem Wort und Begriff Stellung nehmen muß, und zwar um so mehr, als die Regierung ausdrücklich erklärte, daß nur das Wort neu, Sache und Begriff aber, als zur christlichen Staatsidee gehörig, alt seien und nur aufgefrischt und conservirt zu werden brauchten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärte bei Ankündigung der Reichsunfall-Versicherung: „Das Gesetz ist ein erster Schritt auf der Bahn einer gesunden, staatsocialistischen Politik.“